

die schon von *Alice Salomon* und anderen Vertreterinnen und Vertretern der Profession Sozialer Arbeit entwickelt und gelehrt wurden: Mit der Hilfe zur Selbstermächtigung und zu einem selbstbestimmten Leben. Hierzu gehört auch, von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit zur Selbsterkenntnis, zur Aufklärung zu geben.

Dieser politische Ansatz Sozialer Arbeit ist in den letzten Jahren verloren gegangen und Armut wird vermehrt auf individuelle Problemlagen reduziert. Die herrschende Wirtschaftsordnung wird zunehmend als naturgesetzlich angesehen. An ihre Reorganisation traut sich selbst in der noch immer andauernden Weltfinanzkrise niemand ernsthaft heran. Folgt man dieser Logik, könnte die Aufgabe Sozialer Arbeit einzig darin bestehen, die Verlierer des Systems ruhig zu stellen, um den inneren Frieden zu erhalten.

Armut als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen, setzt bei Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen ein politisches Bewusstsein jenseits von Parteipolitik voraus und steht im Widerspruch zu der Annahme eines Naturgesetzes. Soziale Arbeit soll Menschen helfen, die ihnen von Anderen, Stärkeren zugewiesene Rolle am Rand der Gesellschaft zurückzuweisen.

Dieses Bewusstsein bedingt eine Haltung und um sie zu erlangen, bedarf es des Wissens. Das Messen, Untersuchen und Analysieren von Erscheinungsformen der Armut ist notwendig, um Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen in der Wissenschaft und in der Praxis Instrumente zur Bewältigung der Herausforderung in die Hand zu geben, die Armut an ihre Profession stellt.

Es ist allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Praktikerinnen und Praktikern zu danken, die diese Instrumente mittels ihrer Forschung schaffen und verfeinern. Wir konnten einige von ihnen gewinnen, mit ihren Beiträgen zu diesem Heft beizutragen. Besonderer Dank gilt Professor Dr. *Susanne Gerull*, die als wissenschaftliche Beraterin und Autorin maßgeblich an der Entstehung dieses Themenhefts mitgewirkt hat.

Die Redaktion Soziale Arbeit

Urteilkraft

Dieser Richterspruch hat leider Seltenheitswert: Ende September schickte das Landgericht Lüneburg den ehemaligen Vorsitzenden eines Spendenvereins für viereinhalb Jahre ohne Bewährung ins Gefängnis. Der Mann hatte mit seiner damaligen Vorstandskollegin innerhalb eines Jahres mindestens 116 000 Euro in die eigene Tasche gewirtschaftet. Das Geld hatten Sammler in Fußgängerzonen Norddeutschlands angeblich für notleidende, kranke und behinderte Kinder erbettelt. Nur ein Bruchteil der Erlöse kam aber tatsächlich bei einigen Vorzeigeprojekten an. Noch kann der Mann gegen das Urteil Revision einlegen. Das ist aber eher unwahrscheinlich, denn die Strafe ist Bestandteil eines „Deals“ zwischen dem Angeklagten und dem Gericht. Der Beschuldigte hatte die Prozessführung durch ein umfassendes Geständnis erleichtert und wollte damit einer deutlich härteren Höchststrafe entgehen.

Der Richter sprach einem Bericht des Norddeutschen Rundfunks zufolge von einer „verheerenden Tat für alle seriösen Sammler“. Das ist wahr. Vor allem, wenn man etwas mehr über die Hintergründe weiß. Der Angeklagte ist keineswegs nur in den urteilsrelevanten zwölf Monaten, sondern seit vielen Jahren im „Spendengeschäft“ aktiv gewesen. Die wirkliche Schadenshöhe zu Lasten des gemeinnützigen Anliegens wird also wohl nie bekannt werden. Unter wechselnden Vereinsnamen und mit verschiedenen Partnern lieferte sich der Berufssammler gleichsam ein „Hase-und-Igel“-Rennen mit kritischen Beobachtern: Journalisten, Verbraucherzentralen und der DZI Spenderberatung.

In Rheinland-Pfalz mit seiner hoch wirksamen Sammlungsaufsicht, wäre ein solcher Spendenmissbrauch wohl schon viel früher durch ein Sammlungsverbot unterbunden worden. Doch heute gibt es in zwölf Bundesländern keine Sammlungsaufsicht mehr. So musste „Kommissar Zufall“ helfen: Die Bundesbank hatte wegen des Verdachts auf Geldwäsche die Behörden eingeschaltet, nachdem die jetzt Verurteilten mehrfach hohe Bargeldsummen bei einer Bank eingezahlt hatten. Auf solche Fehler sollten Spender und seriöse Hilfswerke aber nicht „hoffen“ müssen. Eine kompetente Sammlungsaufsicht tut Not – in allen Bundesländern.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de